

Der Krieg war eigentlich nie zu Ende ...

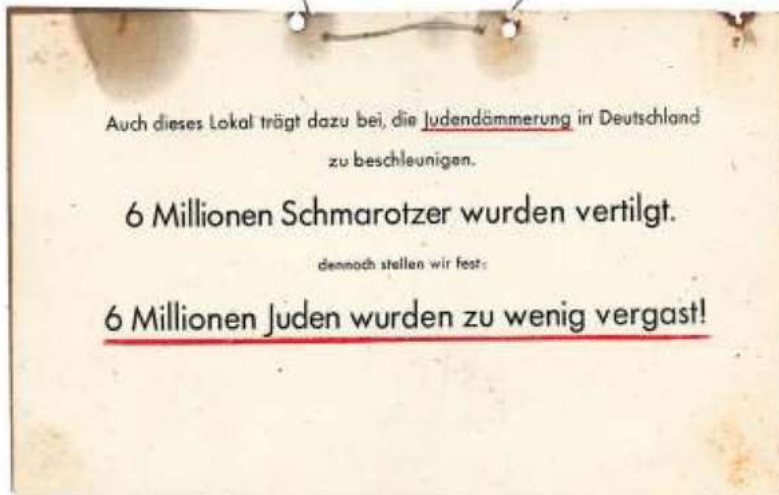
Ausstellung Das NS-Dokumentationszentrum in München erinnert mit der Ausstellung „Nie wieder. Schon wieder. Immer noch“ daran, dass der Rechtsextremismus in Deutschland historisch keine Pause gemacht hat. *Von Mirko Weber*

Lange vor dem deutschen Grundgesetz von 1949 tritt am 2. Dezember 1946 die bayerische Verfassung in Kraft, unterzeichnet vom ersten und bis heute einzigen SPD-Ministerpräsidenten des Landes, Wilhelm Hoegner. Darin heißt es in Artikel 118 nicht nur: „Vor dem Gesetz sind alle gleich...“, sondern in Artikel 119 auch: „Rassen- und Völkerhass zu entfachen ist verboten und strafbar.“ Dass aus alten Nazis nun aber gewissermaßen über Nacht Demokraten würden, glaubten auch die größten Umerziehungsoptimisten nicht. Über Nacht ereigneten sich andere Dinge: Papierschleifen wurden aufgehängt an den sogenannten Ehrentempeln auf dem Münchner Königsplatz, wo die Partei die Toten des gescheiterten Hitler-Putschs vom 9. November 1923 als „Märtyrer der Bewegung“ huldigte. Als die „Ehrentempel“ 1947 gesprengt wurden, lagerten die Schleifen auf den Ruinen: „Und ihr habt doch gesiegt!“ stand darauf – das geht bis heute fort. Immer noch müssen ab und zu Kränze oder Grablichter fortgeräumt werden. Wenn man aus den Fenstern des NS-Dokumentationszentrums am Münchner Königsplatz schaut, hat man die ganze Szenerie im Blick.

Pseudonym Adolf Bleibtreu

„Nie wieder. Schon wieder. Immer noch“ heißt die derzeitige Sonderausstellung im Gebäude: nüchtern ausgestattet, akribisch gehängt, eine reine Dokumentensammlung – aber was wäre überzeugender als Zeugnisse? „Ich bin beim Ami beschäftigt“, heißt es einem Leserbrief an die „Süddeutsche Zeitung“ im August 1949, „und da haben Verschiedene schon gesagt, dass sie uns alles verzeihen, nur das eine nicht, und das ist: dass wir nicht alle vergast haben, denn jetzt beglücken sie (die Juden) Amerika...“ Es unterschreibt Adolf Bleibtreu, dem die Redaktion die angegebene „Palästinastraße“ flugs in Paestrinastraße geändert hatte. Entweder es hatte wirklich keiner nachgedacht, oder das Pseudonym Bleibtreu konnte auch in der SZ damals Gesinnungsfreunde finden, die diesen Brief durchgehen ließen. Trotz einer ausgeschriebenen hohen Belohnung bleibt der Absender unentdeckt. Dass er nicht alleine ist, weiß er längst.

Wer die Entwicklung des Rechtsradikalismus (und des Rechtspopulismus, hier im Dokumentationszentrum exakt geschildert) in der alten Bundesrepublik verfolgt, setzt gedanklich oft erst ein, als die NPD 1964 aus mehreren Splitterparteien wieder eine macht. Tatsächlich vergehen nicht einmal zwei Jahre nach dem Krieg, bis sich unter dem bayerischen Landtagsabgeordneten Karl Meißner „Der Deutsche Block“ formiert und wenig später die Deutsche Gemeinschaft (DG) entsteht. Sie plakatiert „Deutschland den Deutschen“ und wendet sich explizit gegen die Heimatvertriebenen und Flüchtlinge: „Geht nach Hause!“



Dieses antisemitische Pappschild wurde im April 1948 an einer vor allem von Juden besuchten Münchner Gaststätte angebracht.

Foto: NS-Dokumentationszentrum



Demonstration gegen die Aufnahme von Geflüchteten 2015 in Passau

Während die DDR solche und ähnliche Parteineugründungen verbietet, um sich im „antifaschistischen Widerstand“ einzurichten, wird die vorerst bedeutendste rechtsextreme Partei im Westen, die Sozialistische Reichspartei, 1952 in Hannover gegründet – und im selben Jahr noch vom Bundesverfassungsgericht verboten. Während der Wohlfahrtsstaat sich entwickelt und das Wirtschaftswunder floriert, bieten sich auf Parteebene wenig Angriffsmöglichkeiten von rechts. Antisemitismus freilich bleibt virulent und steigert sich sprunghaft, als die NPD Mitte der sechziger Jahre in verschiedene Landtage einzieht.

Nach der Ermordung des SDS-Aktivisten Rudi Dutschke durch Josef Bachmann in Berlin im April 1968 – Bachmann kam aus der Neonaziszene – verliert die nationale Sammlungspartei NPD aber wieder an Zulauf, während sich der Rand der Rechten radikalisiert, als es gegen die Ostpolitik

Willy Brandts geht. Am Ende des Jahrzehnts verzeichnet der Verfassungsschutz 1483 rechtsextremistisch motivierte Ausschreitungen: Es ist der Höchststand seit 1945. Die 15 bis 18 Prozent „unverbesserlicher Nationalsozialisten“, von denen die US-Militärregierung direkt nach dem Krieg ausging, haben sich anders verteilt. Präsent sind sie nach wie vor.

Fremdenfeindliche Pogrome

Was der Münchner Verleger Gerhard Frey 1971 („Deutsche National-Zeitung“) mit der Deutschen Volksunion ins Leben ruft, nämlich eine neue Heimat auch für ehemalige CSU-Mitglieder, findet in den achtziger Jahren eine Fortsetzung bei den Republikanern (REP), die 1989 ins Berliner Abgeordnetenhaus einziehen. Derweil bildet sich eine neue neonazistische Jugendszene heraus. Im Milieu der Skins und Hooligans finden sich manchmal nur noch lose orga-

nisierte Gruppen, die aber alle mehr oder minder konkret gegen „Ausländer“ vorgehen. Während der Staat, erneut mit Wiederaufbau und Wiedervereinigung beschäftigt, Anfang der neunziger Jahre vor allem Einzeltäter verfolgt und kleinere Zellen verbietet, kommt es zu fremdenfeindlichen Pogromen, die nun auch von Teilen der normalen Bevölkerung toleriert werden. Als im August 1992 die Zentrale Aufnahmebehörde für Asylbewerber in Rostock-Lichtenhagen mit Molotowcocktails beworfen wird, dauert es drei Tage, bis die Polizei die Bewohner evakuieren kann, woraufhin 500 rechte Jugendliche das Nachbarhaus in Brand stecken. Dort leben 120 vietnamesische Vertragsarbeiter. Lichtenhagener Anwohner behindern die Arbeit der Beamten. Monate später im schleswig-holsteinischen Mölln kommt jede Hilfe zu spät: Unter dem Dach verbrennen drei türkische Frauen, nachdem Neonazis den Eingang eines Hauses angesteckt hatten. Die deutlichste Reaktion auf diese im Nachkriegsdeutschland mit nichts vorher vergleichbare Tat findet nun wieder in München statt. Am Nikolaustag 1992 schließen 400 000 Menschen in der Innenstadt eine Lichterkette für Frieden und Toleranz.

Bis in die Mitte der Gesellschaft

Der Direktor des NS-Dokumentationszentrums, Winfried Nerdinger, und sein Team weisen mit ihrer sachlichen, nicht inszenierten und gerade deshalb beklemmenden Ausstellung nach, dass in der rechten Szene über die Jahre hinweg immer wieder bestimmte Denk- und Ablehnungsmuster kombiniert werden. Zu grundsätzlich vorhandenem Nationalchauvinismus addiert sich, je nach Gruppe, Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Sozialdarwinismus, schlichter Sexismus oder Homophobie. Fünf Prozent der Deutschen, Millionen von Menschen also, so der Forschungsstand der Münchner Ausstellung, verfügten über „ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild“, mehrere Bestandteile davon reichten „bis weit in die Mitte der Gesellschaft“ hinein.

Dort schließlich ereignen sich die von den Ermittlern lange falsch zugeordneten Morde des NSU, zwei davon allein in München, wo der Prozess gegen Beate Zschäpe immer noch andauert. Dort auch bekommen drei in bikultureller Partnerschaft lebende Münchnerinnen Briefe ins Haus gelegt, in denen sie („Deutschland den Deutschen“) als „dreckige Nestbeschmutzerinnen“ beschimpft werden. Der Brief hängt am Ende einer Ausstellung, die mit einem anderen Brief begonnen hat. Er ist aus dem Jahr 1947 und adressiert an einen Münchner mit einem jüdischen Elternteil. Schreibmaschinenschrift, unterstrichen: „Wir kommen wieder!“

Bis 2. April, Dienstag bis Sonntag 10-19 Uhr. Katalog 28 Euro.